

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Blesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Blesinger in Neuenbürg.

Nr. 245

Mittwoch den 19. Oktober 1932

90. Jahrgang

Erhöhte Sozialleistungen

Milderung der Härten der Juni-Notverordnung

B. P. Berlin, 18. Okt. Die Verordnung zur Ergänzung der Notverordnung vom 14. Juni ist fertiggestellt. Sie wird am Mittwoch der Öffentlichkeit übergeben. Die neue Verordnung bezieht sich lediglich auf sozialpolitische Maßnahmen und hier wieder vornehmlich auf die Unterstützungsfälle der Erwerbslosenversicherung. Es sind eine ganze Reihe von Milderungen vorgesehen, so bei der Kranken- und Angelegenheitsversicherung. Die Krankenscheingebühr bleibt, jedoch werden die zukünftigen Leistungen wieder angehoben. In der Unfallversicherung wird der Zuschlag von 7 1/2 v. H., der gleichfalls durch die Verordnung vom 14. Juni unterlag, für künftige Versicherungen wieder gestrichelt.

Am wichtigsten ist die Aufhebung der Unterstützungsfälle für die Arbeitslosen, soweit sie von der Arbeitslosenversicherung betreut werden. Die Aufhebung beträgt durchschnittlich 2 Mark, steigt aber fassweise je nach der Zahl der Familienmitglieder, die vom Erwerbslosen mitzuerhalten sind.

Neues Devisen-Abkommen mit Italien

Berlin, 18. Okt. (Eig. Meldung.) Mit Italien ist ein neues Devisenabkommen geschlossen worden, das am 16. Oktober 1932 in Kraft getreten ist. Mit diesem Zeitpunkt sind die von der italienischen Regierung verhängten Sperrenmaßnahmen für Zahlungen nach Deutschland aufgehoben worden. Das neue Abkommen unterscheidet sich von dem im Juni d. J. abgeschlossenen Abkommen vor allem dadurch, daß nunmehr ein bestimmtes Verhältnis zwischen der deutschen Ausfuhr nach Italien und der italienischen Einfuhr nach Deutschland vereinbart worden ist. Diese neue Bestimmung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil damit die Aktivität der deutschen Handelsbilanz gegenüber Italien festgelegt ist.

Württembergischer Landtag

Hilfe für die notleidenden Neuhäuser

Stuttgart, 18. Okt. Der Landtag trat am Dienstag nachmittags nochmals zusammen, um sich mit zahlreichen Anträgen und Eingaben zu befassen, die auf mannigfache Hilfe für den notleidenden Hausbesitz abzielten. Staatspräsident Dr. Holz führte gegenüber den Anträgen, die an den Staat große finanzielle Anforderungen stellen, u. a. aus, er hoffe, daß der Landtag auf die Finanzlage des Staates und der Landesbankkassen Rücksicht nehme. Der Landesbankkassen fehlen die Mittel, um weitere Neubauten zu finanzieren, aber die gegebenen Zusagen werden eingehalten. Eine Million ist schon ausbezahlt, 700 000 M. stehen noch aus. Für vorläufige Kleinrenten wurden 1 1/2 Millionen gegeben, für Zuständigkeitsarbeiten 100 000 M., außerdem vom Reich für Zinsverbilligung 164 000 M. und für Reparaturen 1,8 Millionen. Die schwierige Lage der Neuhäuser besitzes ist nicht zu übersehen, denn nicht jeder Neuhäuserbesitzer ist notleidend. Bis jetzt wurde für die Neuhäuserbesitzer 1 Million bereitgestellt, von der etwa die Hälfte ausbezahlt ist. Eine Reihe der vorliegenden Anträge verläßt sich gegen den Staat. Wenn sie angenommen werden, weigere ich mich, sie durchzuführen und verlasse lieber mein Amt, als daß ich mich auf eine solche Ebene drängen lasse. Eine generelle Zinsentlastung ist einfach unmöglich, man sollte keine Agitationspolitik treiben. Der Abg. Waldmann (N.S.) trat für die Interessen des Neuhäuserbesitzes ein. Jedes Jahr fließen der Landesbankkassen große Tilgungsmittel zu, die man für die Zinsentlastung verwenden könnte. Der Abg. Winter (Soz.) verlangte Steuerfreiheit für die Bedürftigen. Wenn man den Großbanken helfe, so sei es nur gerecht, auch die bedrückten Neuhäuserbesitzer zu unterstützen. Die Landesbankkassen sollte besonders auf die Arbeitslosen Rücksicht nehmen. Der Abg. Dr. Winter (N.S.) verurteilte es, daß Anträge gestellt werden, die den Staat Millionen kosten, ohne Deckungsvorschläge zu machen. Das gälte von den Anträgen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten. Ungerechte Anträge unterlässe seine Partei nicht. Der Abg. Kühle (Fr.) begrüßte die Mitteilungen der Staatspräsidenten. Der Abg. Ab. Fischer (Komm.) vertrat die Ansicht, daß die Wohnungsfrage nur vom Sozialismus, nicht vom Kapitalismus aus gelöst werden könne. Der Abg. Joh. Fischer (Dem.) dankte dem Staatspräsidenten für seine ersten Darlegungen. Der Abg. Hermann Kling (C. V.) wünschte wohlwollende Prüfung der Bedürftigkeitsfrage durch die Landesbankkassen und vor allem Unterstützung der Kinderreichen. Beamte mit höherem Einkommen sollten sich schämen, mit Eingaben an die Landesbankkassen heranzutreten. Finanzminister Dr. Dehlinger wies darauf hin, daß sich die Erleichterungen bewähren haben, die die Neuhäuserbesitzer in der Notverordnung vom 9. September 1931 erhalten haben. Die Anträge auf Steuerbefreiung hätten einen Anfall von 5 Millionen für die Gemeinden und von 800 000 M. für den Staat zur Folge. Sollte die Regierung alle Beschlüsse des Landtags in den letzten Tagen durchführen, so würde das für 1932 einen ungedeckten Abmangel von 15-20 Millionen ergeben. Wenn der Landtag Beschlüsse fesse, die Staat und Gemeinden weiter belasten, so sei es Pflicht der Regierung, zu prüfen, ob und wie weit diesen Beschlüssen Rechnung getragen werden kann. Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Waldmann (N.S.) und Winter (Soz.) kam man zur Abstimmung. Dabei wurden angenommen die Ausschusspanträge betr. Ausdehnung der Steuerfreiheit für weitere 3 Jahre auf Gehaltsbezieher, deren Einkommen ein steuerfreies Jahreseinkommen bis zu 3000 M. gehabt haben und betr. Herabsetzung der Landdarlehenszinsen und Tilgungsrenten der Landesbankkassen nach dem Grad der Bedürftigkeit. Außerdem soll die eingeleitete Kündigung von Darlehen angedacht der Wirtschaftslage zurückgenommen werden. Zwangsversteigerungen sollen möglichst vermieden werden. Das Staatsministerium soll auch an allgemeine weitere Zinsentlastung beim Reich hinwirken. Endlich soll das bisherige Verfahren der individuellen Zinsentlastungen bei in Not geratenen Neuhäuserbesitzern fortgesetzt werden. Ferner wurde angenommen ein nationalsozialistischer Antrag, wonach die Einziehung der Steuer ganz oder teilweise zu unterbinden hat, wenn sie bei höherem Einkommen nach Lage der Verhältnisse unbillig wäre. Annahme fand auch ein sozialdemokratischer Antrag, für Darlehensschuldner, deren steuerbares Jahreseinkommen 5000 M. nicht übersteigt, den Zinssatz auf 3 Prozent zu ermäßigen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt. Schließlich wurde dann noch zwei Anträge der Abg. Bülger (Soz.) und Dr. Strödel (N.S.) betr. Abgabe von Waldstreu zugestimmt. Daraus wurde ein Verordnungsantrag angenommen. Der Landtag dürfte erst im November nach den Reichstagswahlen wieder zusammenzutreten.

Im Frühjahr kommt der Aufstieg!

Wenn wird der angearbeitete Wagen der deutschen Wirtschaft wieder in normalen Tempo sich aufwärts bewegen? Von manchen Seiten ist schon vor einigen Monaten angekündigt worden, daß wir eine Winterkonjunktur bekommen würden. Inzwischen haben sich aber an den internationalen Märkten Hemmnisse bemerkbar gemacht, die darauf schließen lassen, daß auch in der Weltwirtschaft der Wiederaufstieg nur sehr langsam und schrittweise vor sich gehen wird. Für Deutschland, das sich unter dem Druck schwerer außen- und innenpolitischer Gefahren wieder erheben muß, gilt das natürlich doppelt und dreifach. Auch der Antriebsmotor Dr. v. Papens wird sich sicher langsamer auswirken, als seine Urheber angenommen haben. Der Reichsanwalt hat in seiner letzten Rede noch auf eine Reihe anderer Symptome des langsamen Genesungsprozesses hingewiesen, in den die deutsche Wirtschaft nunmehr eingetreten ist. Natürlich ist der Zeitpunkt, in dem die Wirtschaft wieder in die Entlastung des Arbeitsmarktes allgemein fähig sein werden, nicht nur von dem Regierungsprogramm und seinen Auswirkungen, sondern ebenso sehr von weltwirtschaftlichen Faktoren abhängig. Ein deutscher Wirtschaftsführer, der Reis einen besonders guten Einblick in die internationale Entwicklung hatte, Kommerzienrat Hermann Kuchling, hat in diesen Tagen an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet, bis zum Frühjahr freie Bahn für die deutsche Produktion zu schaffen, da dann der Aufstieg kommen werde. Bis dahin wird man also mit einem abschließenden Urteil über das Gelingen des Papen-Planes warten müssen.

haltlos alle Verteidigungsmittel spielen zu lassen. Frankreich dürfe sich niemals der Möglichkeit aussetzen, vor irgend einem Tribunal beschuldigt zu werden, die geringste Verpfändung, die es mit seiner Unterschrift versehen habe, vergessen zu haben. Und wenn man, wie er, für das Leben und die Interessen Frankreichs verantwortlich sei, dürfe man nicht außer Acht lassen, daß Frankreich beim Eintreten eines ersten Ereignisses gezwungen wäre, nicht nur auf sich, sondern auch mit den anderen zu rechnen. Deshalb seien die Demarchen, zu denen seine Regierung veranlaßt werde, kompliziert. Frankreich müsse alles Erdenkliche tun, um das gute Recht auf seine Seite zu bringen.

Simon über die Vier-Mächte-Konferenz

w. London, 18. Okt. Das Unterhaus hat heute nachmittags seine erste Sitzung nach den Sommerferien abgehalten. Die Hauptaufgabe der neuen Tagung ist die Stellungnahme zu dem Abkommen von Ottawa. In Beantwortung einer Anfrage über die Vier-Mächte-Konferenz erklärte Sir John Simon, es sei bisher unmöglich gewesen, sich über den Konferenzort zu einigen; die britische Regierung erwäge jedoch einen neuen Schritt, um eine Einigung hierüber herbeizuführen. Außerdem gab Thomas die Kündigung des Handelsvertrages mit Rußland bekannt.

Der polnische Grenzschutz

Wer verzögert die Abrüstungskonferenz?

Vorläufig ist es nur ein Gerücht, das in politischen Kreisen umläuft, aber die Tatsache, daß dieses Gerücht auftauchen konnte, ist doch schon recht bezeichnend, es handelt sich wieder einmal um die polnische Großmannstucht. Die Herren in Warschau bilden sich ganz offensichtlich ein, daß sich die Vertreter der mittel- und weiteuropäischen Großstaaten nicht einmal zu einer vertraulichen Aussprache zusammensetzen dürfen, wenn der Pole nicht dabei sein darf. Die Ankündigung einer Viererkonferenz hat genügt, um die Warschauer Regierung zu einer energischen Demarche bei dem großen Bruder in Paris zu veranlassen. Polen soll sogar mit seinem Vortritt aus dem Völkerbund gedrückt haben.

Da hört nun aber wirklich doch der Bindfaden auf! Es wäre wirklich höchste Zeit, daß dem Grenzschutz in Warschau gehörig auf die Finger gelöst wird, wie das Stresemann in Genf einige Male so kräftig und öffentlich befragt hat, daß Briand erschrocken daneben sah und kaum ein Wort dazu zu sagen riskierte. Die Polen hatten Stresemann nämlich gestreift. Es ist jetzt wieder dasselbe wie bei den Verhandlungen über die Rheinlandbesetzung und über die Reparationen. Das waren doch wirklich Dinge, mit denen die Polen gar nichts zu tun hatten. Aber trotzdem suchten sie sich immer in die Verhandlungen einzumischen, weil sie in ihnen die Gelegenheit suchten, die Forderung nach einem Placard als Kompensation dafür, was Frankreich am Rhein oder in der Reparationsfrage geben sollte, irgend wie unterzubringen. In Warschau hat man ein hartes Gefühl dafür, daß im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage diese Kompensationsforderung zum letzten Male erhoben werden kann. Wenn jetzt das Placard nicht unter Dach gebracht werden kann, und wenn dennoch Deutschland die Wehrfreiheit entweder zugestanden erhält oder von sich aus den Zustand der Gleichberechtigung herstellt, so können sich natürlich die Polen an den bestehenden Grenzen Deutschlands im Osten auf die Dauer nicht mehr ganz behaglich fühlen. Im Grunde — das brauchen wir garnicht groß abzuweihen, geht es neben den Gründen der nationalen Würde bei der Frage der deutschen Wehrfreiheit auch darum, im Kampf gegen territoriales Unrecht, im Kampf gegen die Vergewaltigung des abgetrennten Deutschland im Osten die Machtmittel in die Hand zu bekommen, mit denen wir den politischen und diplomatischen Kampf den notwendigen Nachdruck zu geben vermögen. Trotzdem ist es eine Annahme, die allerdings von Frankreich gestützt wird, wenn uns Polen verbieten will, uns zunächst einmal mit den Vertretern der Großmächte vertraulich über die Wege zu unterhalten, die aus den Bemüßungen herauszuführen können. Das scheint den Herren in Warschau doch allmählich in den Kopf zu steigen, daß man ihren nichtständigen Sitz im Völkerbundrat durch die wiederholte Wahl praktisch zu einem ständigen Ratssitz gemacht hat, wie er den Großmächten allein vorbehalten bleiben sollte.

Nochmal Lübecker Prozeß?

Lübeck, 18. Okt. Die Lübecker Staatsanwaltschaft hat gegen den Berliner Kinderarzt Dr. Genter Anklage wegen strafbarer Tötung erhoben.

Dr. Genter ist seinerzeit nach dem Ausbruch der Lübecker Impfstoffkatastrophe von den Eltern der betroffenen Kinder nach Lübeck gerufen worden. Im Lübecker Krankenhaus wurden Dr. Genter 37 gesunde Kinder übergeben, die von den Ärzten ausdrücklich als Todesandidaten bezeichnet wurden. Es gelang Dr. Genter, von diesen 37 Kindern 31 am Leben zu erhalten. Bei 3 der Kinder blieben die Rettungsversuche vergeblich. Auf den Tod dieser drei Kinder stützt sich die Anklage der Lübecker Staatsanwaltschaft. Die Anklageschrift behauptet, daß Dr. Genter, als er den Kindern sein Heilmittel Antiphitin einführte, dabei einen Kunstfehler beging. Die Spritze sei nicht sterilisiert worden und Dr. Genter habe es auch verabsäumt, die Körperhülle, an der er die Einspritzung vornahm, sauber zu halten. Dadurch hätten sich Abszesse gebildet, die den Tod der Kinder beschleunigt hätten.

Die Anklageschrift nennt als Zeugen den Berliner Anatom Professor Schürmann und den Assistenten des im Calmette-Prozeß angeklagten Professors Dr. Koch. Die Verhandlung wird voraussichtlich im Laufe des November vor der Großen Strafkammer in Lübeck stattfinden.

Der Verteidiger von Dr. Genter will die Ladung von 5 Sachverständigen veranlassen, die zum Teil den Zustand der Kinder kannten, als sie Dr. Genter übergeben wurden, und jetzt befinden sollen, daß die Abszesse bei diesen Kindern nahe gelegen habe, weil sich an ihrem Körper kaum eine heile Stelle befand, an der man eine vorchriftsmäßige Injektion machen konnte und daß die Abszesse auch durch Darmkeime hervorgerufen worden sein können.

Eine außenpolitische Ansprache Herriots

w. Paris, 18. Okt. Ministerpräsident Herriot hielt heute auf dem Bankett der Vereinigung der französischen Provinzverträge eine Ansprache, in der er erklärte, daß er eine Regierung der „Fälligkeitstermine“ leite. Auf außenpolitischem Gebiet habe er derartige Fälligkeitstermine in Halle und Jülich gefunden. Gerade jetzt würden Forderungen nach, die offensichtlich ernst bedrohlichen Charakter annehmen. Frankreich brauche keine ganze Wachsamkeit, um nicht nur seine eigene Ruhe, sondern auch die der anderen zu sichern. Wenn man sich bedroht fühle, gebiete der Instinkt, unverzüglich und rüch-

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile über dem Raum 25 Sp., Restmenge 80 Sp. Anzeigenpreis 100 Pfg. Zeitungs-Officer und Postverteilung 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachvertrages rückgängig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für teure Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.



die Befragung durchlachte, stellte sich heraus, daß der gesuchte Möder überhaupt nicht im Hause war.

Freie Gewerkschaften und Papen-Programm

Berlin, 18. Okt. Auf einer öffentlichen Kundgebung der freien Gewerkschaften zum Wirtschaftsplan der Regierung erklärte der Vorsitzende Leipart, die vorrangigste Aufgabe sei zurzeit eine wirkungsvolle Verminderung der Arbeitslosigkeit. Von der Art und Weise, wie die Reichsregierung diese Arbeit durchführe, werde die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Regierung abhängen. Das Hauptreferat hielt Reichstagsabgeordneter Tarnow. Die Gewerkschaften, betonte der Redner, würden sich keiner Maßnahme in den Weg stellen, von der sie hoffen könnten, daß sie den Arbeitslosen helfe. Aber leidenschaftlich müßten sie gegen den Teil des Planes der Regierung protestieren, der mit unerträglicher Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und in ihre sozialen Rechte eingreife. Den guten Glauben, den Arbeitslosen zu helfen, billige man der Regierung zu, aber die Tatsache, daß die Grundlage des Planes in der gescheiterten Verteilung von 1 1/2 Milliarden RM. an die Unternehmer bestehe, sei nicht zu bestreiten. Die Notverordnung über einen starken Kurzeis zur Verkürzung der Arbeitszeit aus. Die Gewerkschaften hätten seit Jahren die geforderte 40 Stundenwoche gefordert und den Arbeitern auch zugewinkt, im Interesse der Arbeitslosen nötigenfalls auch ohne Lohnausgleich dieses Solidaritätsopfer auf sich zu nehmen. Wenn nun aber die Verordnung zu dem 10prozentigen Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12 Prozent Lohnsenkung hinzüfge, dann allerdings gebe

das weit noch über das erträgliche Maß hinaus. Die Regierung habe es noch in der Hand, ihre Wirtschaftspläne von den offenkundigen antisozialen Fehlkonstruktionen zu bereinigen, und die Gewerkschaften forderten sie dringend auf, damit nicht länger zu zögern. Zum Schluß der Kundgebung wurde eine Entschließung angenommen, in der von der Reichsregierung die Aufhebung der Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober gefordert wird.

Aus Welt und Leben

Eine mißverstandene Verkehrsreform. Dem Vorgehen vieler Städte folgend, hat sich auch der Verkehrsverein der Stadt Ingolstadt entschlossen, durch Plakate und Werbechriften für Fremdenzuweg zu sorgen. Ihre Werbechriften tragen die Überschrift: „Fahrt nicht an Ingolstadt vorbei!“ An allen Bahnhöfen, an Weg- und Fahrstrecken wirkt und lockt die Mahnung — die Stadt zu besuchen, und an ihren Sehenswürdigkeiten nicht vorbeizugehen. Daß man aber diese Reklamefahrt auch anders anlegen kann, ist sicherlich seinem Ingolstädter in den Sinn gekommen, bis... alle Reklamefahrten können daran lernen — bis sich die Geschichte mit dem Panzerweibereignete. In der Nähe von Ingolstadt liegt die alte Bischofsstadt Eichstätt. Und in diesem Eichstätt erschien eines Tages am Bahnhof beim Stationsvorsteher ein altes Mütterchen und fragte ganz aufgeregt, ob es denn gar keine andere Strecke von Eichstätt nach München gäbe, als die über Ingolstadt. Leider mußte sie unbedingt nach München fahren, aber sie wollte es unter allen Umständen vermeiden, über Ingolstadt zu reisen, da ja überall und auf allen Plakaten davor gewarnt werde, an Ingolstadt vorbeizufahren. Der arme Stationsvorsteher dachte zuerst, eine Schwachsinnige vor sich zu haben und fragte vorsichtig die Frau, was sie denn eigentlich mit dieser wertwüßigen Behauptung meine. Und da deutete das Mütterchen einfach auf ein großes, farbenfreudiges Plakat, das im Bahnhof prangte und das die eifrige Werbefeuchtigkeit des Ingolstädter Verkehrsvereins dokumentieren sollte. Und der erkaunte Stationsvorsteher sah — begriff und lächelte sich selbst. Denn da stand ja ganz deutlich: „Fahrt nicht an Ingolstadt vorbei!“

Sinweise

Sinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 50 Fig. die Zeile berechnet.

Neuenburg, 19. Okt. Wer in der heutigen politisch so verworrenen Zeit Klarheit und Wahrheit über die politische Lage erfahren möchte, der sollte morgen abend die Versammlung im „Bären“ hier besuchen. Reichstagsabgeordneter Bauer, der ja kein Unbekannter mehr hier ist, spricht über „die Schwachsinnigkeit des deutschen Volkes“. Der Redner wird uns auf die wende des Vaterland drohen. Gefahren hinweisen, die unserem Volk und Vaterland drohen. Er wird aber auch Wege zeigen, wie es wieder aufwärts geht. Seine bisherigen Vorträge hier zeichneten sich durch reiches Wissen und richtige Beurteilung der Lage aus. Es wird kein herunterreißendes politisch anderes Eingestellter geben. Herr Bauer wird in gewohnter sachlich vornehmer Weise wertvolle Aufklärungsrbeit leisten.

Bei Unbehagen und Schmerzen **Pyramidon** TABLETTEN



Das bewährte Standardpräparat und unschädliche Hausmittel.

In allen Apotheken erhältlich zum Preise von DM. 0.89, 1.30, 1.88. Nur echt mit dem Namenszug „Pyramidon“, auf jeder Packung.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Schömburg, OA. Neuenburg, belegenen, im Grundbuch von Schömburg Heft 106a Abt. 1 Nr. 3-5 zurzeit der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks auf den Namen des

Wilhelm Holzhauser, Gastwirts und seiner Ehefrau Sofie, geb. Bär, in Schömburg, eingetragenen Grundstücke:

- Geb. Nr. 44: 7 a 64 qm Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude zum „Lamm“ mit Wagenremise u. Eiskeller mit Hofraum an der Hauptstraße 17000 RM.
- Zubehör (Wirtsch.- u. Gasthofeinrichtung) 3000 RM.
- Parzelle 47/1: 4 a 27 qm Wiese an der Hauptstraße 400 RM.
- Parz. 44/1: 11 a 20 qm Anlagen ob. im Dorf 1000 RM.

am Mittwoch den 16. November 1932, vormitt. 10 Uhr, auf dem Rathaus in Schömburg versteigert werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk wurde am 1. Juni 1932 im Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zurzeit der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Bei Zwangsversteigerungen findet in der Regel nur ein Termin statt.

Neuenburg, den 17. Oktober 1932.
Kommissär: Bezirksnotar Klatt.

Gewerbe-Verein Birkfeld.

Am Donnerstag abend 1/9 Uhr findet eine außerordentliche General-Versammlung im Gasthaus zum „Löwen“ statt.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Verbandstag in Ludwigsburg. 2. Dringende sonstige Angelegenheiten.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder dringend gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Auch werden Geschäftsleute, die nicht Mitglieder sind, zu dieser Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

Vollrecht-Partei - Sparerbund Neuenburg.

Morgen Donnerstag abend 8 Uhr

öffentliche Versammlung

im „Bären“-Saal in Neuenburg.

Reichstagsabgeordneter A. Bauer, Oberschnitrat, spricht über:

„Die Schwachsinnigkeit des deutschen Volkes“.

Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Ortenberg/Herrenalb, den 17. Okt. 1932.

Todes-Anzeige.

Schwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwiegerohn, Schwager und Onkel

Andreas Eible

nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 45 Jahren von uns gegangen ist.

In tiefem Leid:

Die trauernde Gattin:

Marie Eible, geb. Schneider, n. Angehörigen.

Beerdigung findet in Herrenalb am Donnerstag den 20. Oktober, nachm. 4 Uhr, statt.

Deutschnationale Volkspartei (Wirts. Bürgerpartei).

Wahl-Versammlung

Sonntag, 23. Oktober, abds. 8 Uhr, im „Bären“-Saal in Neuenburg.

Redner: Rechtsanwalt Dr. Schott, M. d. L. und Stadtrat.

Thema:

„Parteienzement oder unabhängige Staatsführung?“

Zu zahlreichem Besuch wird eingeladen.

Der Vorstand.

MÖBEL
Sonderverkauf
WIR GEWÄHREN VORÜBERGEHEND GANZ
AUSSERGEWÖHNLICHE
PREISVERGÜNSTIGUNGEN
LASSEN SIE SICH UNVERBUNDLICH IN UNSERER VERKAUFSTELLE
PROTECTOR-MÖBEL-INDUSTRIE
GEBR. TREFFNER + RASTATT
Pforzheim
Schloßberg 19

Neuenburg.
Morgen



Schlachtpartie

bei

Wirt Kirn.

Zwangs-Versteigerung.

Es wird öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Donnerstag, 20. Okt., 15 Uhr, in Birkfeld:

- 1 Eischrank, 1 Ledentisch,
- 1 Warenregal.

Zusammenkunft am Rathaus. Gerichtsvollzieherstelle Neuenburg.

Albdeutscher Verband Ortsgruppe Oberenzthal.

Am Freitag den 21. Oktober 1932, abends 8.15 Uhr, spricht im „Wildbader Hof“ in Wildbad in

öffentlicher Versammlung

Dr. jur. A. Graf Brockdorff-Berlin

über:

„Die Sünden der Hochfinanz in der Wirtschaftskrise“.

Wir laden zu diesem Vortrag jedermann herzlich ein. Eintritt frei!

Frische See-Fische

Kabliau und Filet heute eintreffend.

Selbsteingeschnittenes Sauerkraut

Pfund 10 Fig.

Neue Binsen

Pfund von 25 Fig. an Erbsen gelbe, halbe Pfund 17 Fig.

Frankf. Delikatess-Würstchen

3 Paar 45 Fig. Rauchfleisch ohne Rippen 1/2 Pfund 54 Fig.

Rippenspeer 1/2 Pfd. 65 Fig.

Delikatess-Sülze 1/2 Pfd. 24 Fig. Schweinstopf in Gelee 1/2 Pfd. 40 Fig.

... Rabatmarken für den vollen Betrag

Pfannkuch

W. Forstamt Langenbrand. Freihändiger Nadelstammholz-Verkauf

aus dem ganzen Forstbezirk in Fosen von 10 bis 120 Fm.: 102 Fi., 467 Ea., 12 Fo. mit Fm. Langh.: 324 L, 356 Il., 122 Ill., 32 IV., 10 V.; Sägholz: 61 L.-V. Kl. Auskult und Losverzeichnis durch das Forstamt, Fernruf Schömburg 230.

Gewerbeverein Neuenburg.

Unsere Mitglieder werden auf die heute abend stattfindende Versammlung nochmals hingewiesen.
Der Vorstand.

Birkfeld.

Achtung! Möbel!

Zur Einführung unseres Fabrikates bieten wir an:

1 Schlafzimmer

in Eiche mit Nussbaum-Einlagen, moderner Stil, komplett, zum Preis von

Mark 575.—.

Langjährige Garantie!

Besichtigen Sie unser Schau-fenster Baumgartenstraße 55.

Gebrüder Watz, Möbelschreinerel, Herrenalder Straße 13.